

Energie-Control Austria
Herr VD DI Walter Boltz
Herr VD Mag. (FH) Martin Graf
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per E-Mail an: walter.boltz@e-control.at
martin.graf@e-control.at

Kontakt
Dr. Dieter Kreikenbaum

DW
224

Unser Zeichen
DK – 44/2011

Ihr Zeichen

Datum
25.11.11

Stellungnahme der Sparte Erzeugung zum Entwurf der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – SNE-VO 2012

Sehr geehrte Vorstandsdirektoren,

wir danken für die Übermittlung des Begutachtungsentwurfes der o.a. Verordnung und erlauben uns, wie folgt Stellung zu nehmen.

Allgemeine Anmerkungen

Der Begutachtungsentwurf der SNE-VO 2012 sieht eine Anhebung der Systemdienstleistungsentgelte für Einspeiser um über 20%, die Verdopplung des Leistungspreises sowie eine weitere Erhöhung des Arbeitspreises für Pumpstrom vor. Somit prolongiert der vorliegende Entwurf nicht nur bereits bestehenden Belastungen für Erzeuger, sondern verschärft diese auch noch.

Die Tendenz der letzten Jahre - die zunehmende Verschiebung der Systemnutzungsentgelte von den Abnehmern zu den Erzeugern – wird fortgesetzt. Dies gefährdet nicht nur den Weiterbetrieb bestehender Kraftwerke, sondern auch geplante Investitionsprojekte werden zunehmend in Frage gestellt, weil die gegenwärtige Preisentwicklung schon jetzt die Profitabilität der Kraftwerke deutlich verringert hat. Die Umsetzung der Vorschläge des Begutachtungsentwurfs bringt somit massive Wettbewerbsnachteile für die österreichischen Stromerzeuger mit sich.

Durch die Benachteiligung der Pumpspeicherkraftwerke wird weiters auch der Ausbau und die Integration erneuerbarer Energien erschwert. Würde dieser Entwurf umgesetzt werden,

wäre mit einer nachteiligen Wirkung für die Versorgungssicherheit, die Verbraucherpreise und der Erreichung der Klimaschutzziele zu rechnen.

Aus diesen Gründen spricht sich Oesterreichs Energie gegen die Beibehaltung von Netznutzungsentgelten für Pumpspeicherkraftwerke bzw. deren Erhöhung aus. Auf Netzverlustentgelte für Einspeiser mit mehr als 5 MW soll verzichtet werden. Ebenso sprechen wir uns hinsichtlich des Systemdienstleistungsentgelts gegen die Überwälzung des Arbeitspreises bei der Sekundärregelung auf die inländischen Erzeuger aus. Eine solche entspricht nicht der Verursachungsgerechtigkeit und ist in keiner Weise sachlich gerechtfertigt.

Zu den Punkten des Entwurfs im Einzelnen

A) Netznutzungsentgelte (§ 4) und Netzverlustentgelte (§ 6)

Der vorliegende Entwurf der SNE-VO 2012 sieht entsprechend der Vorgängerverordnung SNT-VO 2010 Novelle 2011 ein Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke (§ 4 Abs. 1 Punkt 8) sowie ein Netzverlustentgelt für Einspeiser mit mehr als 5 MW (§ 6) vor. Oesterreichs Energie spricht sich grundsätzlich gegen die Belastung der Stromerzeuger mit Netzverlustentgelten und gegen die Verrechnung von Netznutzungsentgelten für Pumpspeichieranlagen aus. Bei Pumpstrom handelt es sich nicht um den Endverbrauch, sondern um eine EnergiezwischenSpeicherung. Pumpspeicherkraftwerke sind eine notwendige technische Komponente des Gesamtenergiesystems, da sie wesentliche Beiträge zur Systemstabilität und Versorgungssicherheit leisten. Für die in ungerechtfertigter Weise einer Doppelbelastung unterliegenden Pumpspeicher würde die Umsetzung des Vorschlags – je nach Einsatzszenario – ein Systemkostenplus von bis zu rund 60 Prozent beim Pumpbetrieb und von rund 20 Prozent bei der Turbinierung bedeuten und dies bei annähernd gleichbleibenden Netzverlustentgelten.

Wettbewerbsverzerrungen und energiewirtschaftliche Nachteile

Der forcierte Ausbau volatiler erneuerbarer Energien (Windkraft und Photovoltaik) in Österreich und der EU stellt das Stromversorgungssystem zunehmend vor erhebliche Herausforderungen. Unbeschadet der Notwendigkeit eines massiven Netzausbaus ist der Ausbau neuer Speicherkapazitäten in großem Ausmaß zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage und zur Aufnahme von zusätzlichem Strom aus Windkraft und Photovoltaik erforderlich. Dazu müssen Investitionen in Milliardenhöhe getätigt werden.

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten und von Pumpspeichern mit Netznutzungsentgelten wirkt sich jedoch negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromversorgungsunternehmen aus, weil dadurch die notwendigen Rentabilitäten für solche kapitalintensiven, risikoreichen und langfristig angelegten Großprojekte zur Bereitstellung von Spitzenlast gefährdet werden. Sollte die Belastung der Pumpspeicherkraftwerke mit den Netzgebühren in der geplanten Höhe tatsächlich in Kraft

treten, wäre der weitere Ausbau der energiewirtschaftlich erforderlichen Pumpspeichieranlagen höchst gefährdet. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des sich seit einigen Jahren stetig verengenden „Pump-Spreads“. Durch die geplante Beaufschlagung des bezogenen Pumpstroms mit Netznutzungsentgelten wird ein rentabler Pumpspeicherbetrieb nicht ermöglicht.

Hinzu kommt, dass die Nachbarländer Italien und Schweiz sowie Deutschland bei neuen Pumpspeichieranlagen keine Belastungen des Pumpstroms mit Netzentgelten vorsehen. Somit erwächst Anlagen in Österreich ein Kostennachteil in der Größenordnung von rund 15 %. In Deutschland haben lediglich die Verbraucher für die Netzentgelte aufzukommen und weiters gibt es in Deutschland einen Ausgleich für die vermiedenen Kosten des vorgelagerten Netzes für bestimmte dezentrale Einspeiser. Deutsche Einspeiser sind also unter bestimmten Umständen gegenüber österreichischen Einspeisern gleich doppelt bevorzugt.

Neben diesem Wettbewerbsnachteil bedeutet die Einhebung von Netzverlustentgelten für Einspeiser mit mehr als 5 MW einen weiteren Wettbewerbsnachteil.

Höhere Kosten für Verbraucher

Die Annahme, dass eine Belastung der Kraftwerksbetreiber zu einer Entlastung der Endkunden führt, ist nicht zutreffend: Die Verteuerung von Pumpstrom wird zu einem Anstieg der Strompreise zu Spitzenzeiten und damit zu einem Anstieg des durchschnittlichen Strompreises führen. Außerdem ist durch die Verknappung von Pumpspeichermöglichkeiten mit einem Anstieg der Kosten für Regelenergie zu rechnen.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Zahlreiche österreichische Elektrizitätsunternehmen haben gegen das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke sowie gegen das Netzverlustentgelt für Einspeiser mit mehr als 5 MW unmittelbar nach deren Einführung im Jahre 2009 gerichtliche Schritte eingeleitet. Aufgrund dieser Verfahren hat der Verfassungsgerichtshof mit einem Erkenntnis vom 21. Juni 2011 (Geschäftszahl G 3-5/11-11) ausgesprochen, dass die zum damaligen Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Grundlagen dieser Belastungen verfassungswidrig waren.

Auch wenn die gesetzlichen Grundlagen für das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherbezüge bzw. für das Netzverlustentgelt für Einspeiser mit mehr als 5 MW in den §§ 52 bzw. 53 EIWOG 2010 (BGBl. I Nr. 110/2010) neu erlassen worden sind, ist aus unserer Sicht kritisch zu hinterfragen, ob damit eine verfassungsrechtlich einwandfreie gesetzliche Grundlage für solche Belastungen vorliegt.

So war seit Einführung der Systemnutzungstarife die Auferlegung des Netzverlustentgelts ausschließlich für Verbraucher vorgesehen. Diese Systematik wurde ab 2009 insofern

gebrochen, als auch Stromerzeugern die Zahlung von Netzverlustentgelten aufgetragen wurde. Das aus dem Gleichheitssatz abgeleitete Sachlichkeitsgebot verbietet es, Regelungen ohne sachliche Begründung zu erlassen. Mit dem willkürlich vorgenommenen Systembruch ist der durch § 53 EIWOG gegebene rechtspolitische Gestaltungsspielraum aus unserer Sicht überschritten. Damit erscheint in Folge § 6 des Entwurfs zur SNE-VO 2012 verfassungsrechtlich bedenklich. Die Erläuterungen zur SNE-VO 2012 lassen weder die Motivationsgründe für einen solchen Systemwechsel erkennen, noch wird darauf eingegangen, wie der dadurch bewirkte Nachteil im internationalen Wettbewerb, mit dem sich österreichische Wettbewerber durch die zusätzliche Mehrbelastung konfrontiert sehen, zu rechtfertigen ist. Dies gilt analog für § 4 des Entwurfs der SNE-VO 2012.

Darüber hinaus ergeben sich Widersprüche insbesondere zu § 4 Z 5 EIWOG, welches als Gesetzesziel „die Weiterentwicklung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zu unterstützen“ formuliert wurde sowie zum Ziel des Ökostromgesetzes, die „Investitionssicherheit für bestehende und neue Anlagen zu gewährleisten (§ 4 Abs 1 Z1 ÖSG). Die Bestimmungen des § 6 SNE-VO 2012 erweisen sich auch im Hinblick auf die Tariffestsetzung als bedenklich, da hinsichtlich der Höhe des Tarifs keine sachlich gebotene Differenzierung zwischen Entnehmern und Einspeisern erfolgt.

Hinsichtlich des Entwurfs zu § 4 SNE-VO kommt der Aspekt der Inländerdiskriminierung hinzu: auch ausländische Erzeuger müssten bei Export nach Österreich entsprechend belastet werden, um eine Diskriminierung zu vermeiden; dies ist aus technischen und rechtlichen Gründen nicht möglich.

B) § 8 Systemdienstleistungsentgelt

Die Überwälzung der Kosten der Sekundär- und Tertiärregelung auf die inländischen Erzeuger entspricht nicht der Verursachungsgerechtigkeit und ist sachlich nicht gerechtfertigt. Die vollständige Zuordnung der Ausfallsreserve zur Sekundärregelung als eigenes Produkt entspricht nicht den gültigen Gesetzen und auch nicht dem ENTSO-E Operation Handbook. Bei der vorgeschlagenen Regelung erwächst den inländischen Erzeugern ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil innerhalb der österreichisch-deutschen Preiszone.

Zudem ist die Höhe des festgelegten Tarifes nicht nachvollziehbar. Auch den Erläuterungen ist keine nachvollziehbare Erklärung für die Höhe des Tarifansatzes zu entnehmen. Unter konservativer Annahme der Verrechnungsbasis von mindestens rd. 61 TWh Bruttostromerzeugung pro Jahr (entsprechend 85% der Stromproduktion im Jahr 2010 mit 1% Eigenbedarf) ergäbe sich aus dem vorgeschlagenen Tarifansatz ein jährliches Geldvolumen von rd. 72 Mio. € aus der Systemdienstleistung, und damit rd. 92 Mio. € als Volumen für Sekundärregelung, welches im Verhältnis zu anderen Märkten für Sekundärregelung (z.B. in Deutschland) nicht als Kosten zu erwarten ist. Es erscheint naheliegend, dass weitere Komponenten Eingang in der Bildung des Tarifsatzes gefunden

haben müssen. Wir ersuchen daher um eine entsprechende transparente Erläuterung dieser Tariffindung hinsichtlich Berechnungsmethode und Kostenbasis.

C) Bestimmung von Entgelten für sonstige Leistungen (§ 11)

Grundsätzlich bestehen gegen § 58 EIWOG 2010 massive rechtliche Bedenken. Das Gesetz nimmt keine ausreichende Klarstellung vor, auf welche Leistungen sich die Standardisierung beziehen soll. Somit fehlt es schon an der Grundvoraussetzung einer klaren Eingrenzung der Thematik einer Verordnung. Zu den Rahmenbedingungen, die der Verordnungsgeber in weiterer Folge einzuhalten hätte, gibt es keine belastbaren Aussagen. Der Hinweis auf Grundsätze des Absatzes 1 ist unklar, da nicht klargestellt wird, welche Passage hier gemeint sein soll. Ist § 51 Abs. 1 EIWOG gemeint, so müsste das Prinzip der Kostenwahrheit und der Verursachungsgerechtigkeit berücksichtigt werden. Inwieweit diesen Grundsätzen entsprechende Rechnung getragen wurde, ist nicht nachvollziehbar.

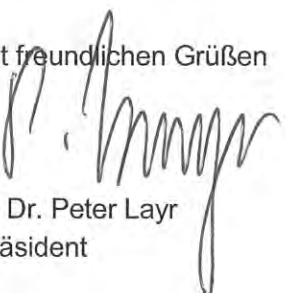
Die gesetzliche Basis wird mit dem Verordnungsentwurf in jeden Fall verlassen, da durch die an die Netzbetreiber gerichtete SNE-VO 2012 auch wirtschaftliche Vorschriften für die Lieferanten festgelegt werden sollen. Eine Festlegung von Mahnspesen ist auf der Grundlage des EIWOG nur für den Netzbetreiber, nicht jedoch für Lieferanten möglich. Eine derartige Verpflichtung für Lieferanten ist daher abzulehnen.

D) Verrechnung der Entgelte (§ 12)


Da die Rechnungslegung durch den Lieferanten erfolgt, ist analog zu § 82 Abs. 4 EIWOG auch hier eine Frist für die Übermittlung der Rechnung an den Lieferanten durch den Netzbetreiber zu bestimmen, damit die 8 Wochen Gesamtdauer eingehalten werden können. Österreichs Energie schlägt folgende Ergänzung vor:

§ 12. (1) Die Rechnungslegung hat spätestens acht Wochen nach der für die Abrechnungsperiode relevanten Zählerstandsermittlung zu erfolgen. Der Netzbetreiber hat die Rechnung über die Systemnutzungsentgelte innerhalb von 4 Wochen an den Lieferanten zu übermitteln, sofern der Lieferant auch die Rechnung über die Netznutzung legt.

Mit freundlichen Grüßen



DI Dr. Peter Layr
Präsident



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin